

INTERVIEW

„Langfristig lohnenswert“

Axel Bänsch, Geschäftsführer bei ConSolaris



Die Solarbranche kann die geringere Einspeisevergütung wegstecken, ist sich Axel Bänsch (ConSolaris) sicher. Doch die Subvention sei insgesamt zu gut angelegt, um sie komplett zu streichen.

● Wie hat sich das Geschäft mit Solaranlagen in den letzten Jahren entwickelt?

Die Entwicklung war sehrasant: Von fünf Mitarbeitern 2003 auf 112 Mitarbeiter im Jahr 2010 – das spricht doch für sich und unterstreicht die enorme Bedeutung.

● Immer mehr PV- und Solarthermieanlagen sind inzwischen auf privaten Dächern installiert. Welche Auswirkungen hatte aber die Wirtschaftskrise bisher auf Ihr Geschäft?

Die Wirtschaftskrise hat uns nicht so stark betroffen, im Gegenteil: Viele Investoren sind zu den alternativen Energien gekommen, weil hier die Renditen sicher und relativ hoch sind. Das Vorhaben ist gesetzlich abgesichert und das Erneuerbare-Energien-Gesetz garantiert eine lange Laufzeit.

● Die Berliner Koalition hat beschlossen, die Förderung für Solarenergie zu senken. Ist die Branche inzwischen wettbewerbsfähig genug, um auch nach der Subventionskürzung bestehen zu können?

Die nächste Reduzierung der Vergütung wird die Branche noch verdauen können. Die dann kommenden werden jedoch immer schwerer zu kompensieren sein. Von Vorteil für zukünftige PV-Anlagen ist die Förderung für den Eigenverbrauch des erzeugten Solarstroms. Dieser zusätzliche Bonus bei der Eigenstromnutzung schafft zusätzliches Interesse und wird langfristig auch den lohnenswerten Betrieb von Solaranlagen gewährleisten.

● „Weder ökonomisch sinnvoll noch gerecht“ – so beschreibt Umweltminister Röttgen die alte Förderung. CDU-Politiker sehen gar eine „Überförderung der Photovoltaik“. Sehen Sie dies genauso?

Es ist eine Notwendigkeit, sich den alternativen Energien zuzuwenden. Die Ressourcen werden knapper, die Klimaveränderung ist immer deutlicher global zu spüren, Konflikte um fossile Energieträger brechen aus; zusätzlich das Risiko durch die Kernenergie. Aber letztendlich müssen sich alle Verbraucher im Klaren sein, dass alle Energieträger in unserem Lande hochgradig subventioniert sind. Photovoltaik ist in seiner Anschaffung relativ teuer, verursacht dann aber über einen sehr langen Zeitraum keine nennenswerten Kosten mehr. Die Subventionen sind damit sehr gut angelegt, sie kommen einer Vielzahl von Menschen zugute. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind die alternativen Energien eigentlich ein Segen. Eine zu starke Reduzierung wäre ein sprichwörtliches Eigentor. Nutznießer wären Billiglohnländer wie China.

„Photovoltaik wird noch überfördert“

Viessmann-Generalbevollmächtigter Manfred Greis wirbt bei Energieforum für Modernisierung

Die Bundesregierung kürzt zum 1. Juli die Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen. Bei der Firma Viessmann sieht man diese Veränderung gelassen.

VON MARK ADEL

Allendorf (Eder). Die Einspeisung für Strom aus Solaranlagen auf Dächern wird um 16 Prozent gekürzt, aus Freiflächen-Anlagen um 15 Prozent. Viele Solartechnik-Hersteller sehen die Neuregelung kritisch. Die Allendorfer Viessmann-Werke – größter Arbeitgeber der Region und drittgrößtes Heiztechnik-Unternehmen Europas – haben Photovoltaikanlagen im Programm. „Aber das ist nur ein kleiner Zweig“, sagte Manfred Greis, Generalbevollmächtigter der Viessmann-Werke, gestern gegenüber WLZ-FZ.

„Sehen das als Delle“

Entsprechend gelassen nimmt er die Veränderung hin, im Gegenteil: „Wir halten es für richtig, weil Photovoltaik überfördert wird“, betonte er am Rande des Viessmann-Energieforums. Er verwies auf die Finanzierung der Vergütung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG: Es werde aus Strompreisen bezahlt, die jeder Verbraucher bezahle. Jeder Stromkunde leiste also seinen Anteil an der Förderung. Dabei habe Photo-



Viessmann-Generalbevollmächtigter Manfred Greis (am Rednerpult) sieht keine Auswirkungen der verringerten Einspeisevergütung auf das Allendorfer Unternehmen. Auf dem Podium des Energieforums saßen gestern auch Stephan Kohler, Franzjosef Schafhausen und Hans Joachim Schellnhuber. Moderator war Jürgen Petermann (von rechts).

Foto: Mark Adel

voltaik nur einen Anteil von etwa einem Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland.

Allerdings komme die Veränderung der Förderrichtlinien plötzlich: „Es muss Planungssicherheit geben“, forderte Greis, der gestern den erkrankten Firmenchef Dr. Martin Viessmann vertrat. Gekürzt worden sei auch das Modernisierungsprogramm, mit dem der Staat den Tausch alter Heizkessel fördert. „Das ist aus unserer Sicht bedauerlich.“ Wichtiger sei aber, dass Hausbesitzer die Wirtschaftlichkeit einer

Modernisierung erkennen. „Sie finanziert sich über die eingesparte Energie.“

Trotz Klimawandel und zur Neige gehender fossiler Brennstoffe hat das Allendorfer Familienunternehmen im vergangenen Jahr weniger Wärmepumpen, Biomassekessel und Solaranlagen verkauft (WLZ-FZ berichteten). „Die Energiepreise waren auf niedrigem Niveau“, begründet Manfred Greis diese Entwicklung. „Wir sehen das als Delle. Der langfristige Trend geht nach oben.“ Schließlich sei der Klimaschutz eine gro-

ße Herausforderung. „Der Wärmemarkt ist mit 40 Prozent der größte Energieverbraucher in Deutschland.“ Der Bestand an Heizkesseln sei veraltet.

Die Preise steigen

Energie müsse aber bezahlbar bleiben, betonte Greis. „Zwischen 2000 und 2008 sind die Energiekosten um fast 60 Prozent angestiegen.“ Die Preise würden weiter nach oben gehen. „Knappe Kassen dürfen nicht als Argument dienen, den Klimaschutz zu vernachlässi-

gen.“ Zum zweitägigen Energieforum, das heute endet, kommen Fachleute aus dem Bereich Sanitär, Heizung, Klima. Prominente Referenten informieren über den Heizungsmarkt und Klimaschutz: unter anderem Klimaforscher Prof. Hans Joachim Schellnhuber (siehe unten stehenden Text), Stefan Kohler, Geschäftsführer der deutschen Energie-Agentur, und Ministerialdirigenter Franzjosef Schafhausen vom Bundesumweltministerium. Moderiert wird das Forum vom Wissenschaftsjournalisten Jürgen Petermann.

„Die Welt wird nicht untergehen, aber Teile davon“

Direktor des Potsdam-Instituts für Klimaforschung spricht beim Energieforum in Allendorf



Wird 2010 ein Wärme-Rekordjahr? Professor Hans Joachim Schellnhuber vermutet es.

Foto: Mark Adel

Allendorf (Eder). Ende dieses Jahrhunderts könnten die Malediven unter Wasser stehen und unbewohnbar sein: Dieses Bild zeichnete Klimaforscher Prof. Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimaforschung, gestern anlässlich des Energieforums der Firma Viessmann.

Auch wenn der lange Winter in Europa einen anderen Anschein erwecke: „Die globale Erwärmung macht keine Pause.“ Fast überall auf der Welt sei es derzeit zu warm, wie Fernseh-

zuschauer während der Olympischen Winterspiele in Vancouver hätten sehen können. Der Januar 2010 sei insgesamt der zweitwärmste Monat gewesen mit Plusstemperaturen von sieben Grad in Grönland. Auch wenn es paradox klinge, könne ein strengerer Winter in Europa ein Effekt der Klimaerwärmung sein. Eventuell werde aber schon dieses Jahr ein „Rekordjahr“ und besonders warm: „Dann bekommt die Debatte einen neuen Dreh.“ Eine Erderwärmung um zwei Grad sei rea-

lisierbar, wenn die Klimaschutzziele eingehalten werden. Aber schon das habe gravierende Folgen. Steigt die Durchschnittstemperatur um mehr als zwei Grad, „wird die Welt nicht untergehen – aber einige Teile davon“. Die missglückte Klimakonferenz in Kopenhagen mache dabei allerdings „nicht sehr viel Hoffnung“.

In anderen Ländern gebe es noch sehr viel größere Effizienzpotenziale als in Deutschland, sagte er mit Blick auf den Heizungsmarkt. (da)

„Ausbildungsfähigkeit der Schüler fördern“

Arbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft begrüßt Modell der Mittelstufenschule · Hauptschulzeit verlängern

Erhöhter Praxisbezug durch frühzeitige Kooperation mit Berufsschulen und Wirtschaft: Das neue hessische Modell der Mittelstufenschule überzeugt die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft im Kern.

VON NATALIE VOLKENRATH

Waldeck-Frankenberg. „Viele Schulen im Landkreis arbeiten schon ähnlich“, stellt Rainer Osterhold, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Waldeck und stellvertretender Leiter der Mittelpunktschule Sachsenhausen, klar. Aus diesem Grund begrüßen die meisten heimischen Schulleiter die geplante Vereinigung von Haupt- und Realschule unter dem Dach der Mittelstufenschule, wobei die Reform einigen nicht weit genug geht (WLZ-FZ, 6. März).

Lob und Kritik äußerten am Dienstag auch die Mitglieder der

AG-Arbeitsgruppe „Ausbildung schafft Zukunft“, zu der Lehrer für Arbeitslehre sowie Vertreter aus Wirtschaft, Kreishandwerkerschaft und Arbeitsagentur zählen. „Wir haben die Themen Mittelstufenschule und Erwartungen der Wirtschaft an die Abgangsschüler miteinander verknüpft“, berichtet Osterhold aus der Sitzung. Zwei Punkte des neuen Konzepts seien grundsätzlich positiv zu bewerten:

● **längeres gemeinsames Lernen** von Haupt- und Realschülern in den Klassen 5 bis 7. „Das entspricht quasi einer Verlängerung der Förderstufe um ein Jahr“, erklärt der Pädagoge.

● **erhöhter Praxisbezug**, um vor allem für die Hauptschüler den Einstieg in den Beruf zu erleichtern. „Praxisstage und eine enge Zusammenarbeit mit Berufsschule und Betrieben werden angestrebt“, erklärt Osterhold. Dazu solle der Hauptschulbereich gleichgestellt, also bis zur zehnten Klasse ausgeweitet werden, fordern die Experten aus Waldeck. „In diesem Fall

hätten Hauptschüler eine gute Chance, Fuß in einem praktischen Beruf wie im Handwerk zu fassen“, ist Osterhold überzeugt.

Kritisch betrachten die Vertreter der Schulen, dass die Mittelstufenschule erst mit der Klasse 5 des Schuljahres 2011/2012 starten solle. „Das können wir nicht nachvollziehen, da wir durch Förder- und Verbundstufen schon gemeinsames Lernen mit Haupt- und Realschülern praktizieren.“ Eine flächendeckende, enge Kooperation mit den Berufsschulen erscheint den Fachleuten ebenso schwierig – insbesondere für künftige Mittelstufenschulen auf dem Land.

Wenig Praktikumsplätze

Ebenso problematisch erscheint die von der Berufsberatung geforderte Ausweitung des Praktikumsystems für Realschüler. „Es ist schon nicht möglich, flächendeckend Praxisstage für Realschüler zu organisieren.“ Das Angebot an Praktikumsplät-

zen sei so gering, dass es schon nicht einfach sei, alle Schüler in ein dreiwöchiges Praktikum zu vermitteln, erklärt Osterhold.

Viele sind unentschieden

„Kein Praktikum unter drei Wochen“, macht Thomas Relke vom Heizungs- und Sanitärunternehmen Veltum in Sachsenhausen die Anforderungen der Wirtschaft deutlich. Gemeinsam mit Thomas Fölsch (Continental) benennt er zudem einige Defizite, die Schüler aus Sicht von Unternehmen aufweisen:

● Schwächen gibt es in Mathematik und Deutsch, vor allem in der Rechtschreibung.

● Sekundärtugenden wie Ordnung, Pünktlichkeit, Benehmen, Teamfähigkeit und Toleranz sind ebenfalls ausbaufähig.

passt auch die Einschätzung der Berufsberatung, dass viele Abschlusschüler kurz vor den Prüfungen noch nicht wissen, was die berufliche Zukunft bringen soll.

● Die Wirtschaftsvertreter bedauern ebenfalls, dass viele hochqualifizierte Schüler sich für eine weiterführende Schule statt eine Ausbildung entscheiden. Wer sich für das Fachabitur entscheidet, nach der zweijährigen Schulzeit aber nicht studiert, sondern dann eine Ausbildung beginnt, verliert laut Osterhold wertvolle Zeit. Schließlich könne das Fachabitur nach abgeschlossener Ausbildung nach einem Jahr abgelegt werden.

Kooperation prüfen

Um die beschriebene Situation gemeinsam zu verbessern, haben die Lehrer von Haupt-, Real- und Berufsschulen sowie die Vertreter der Wirtschaft vereinbart, weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Blick auf das Modell der Mittelstufenschule zu prüfen.